

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 32/003/2016

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz am 23.05.2016

Zu Punkt 6: Aktuelle Situation in der Ausländerbehörde

Einleitend verweist Herr Hanheide auf die mit dem Stellenplan 2016 unter anderem der Ausländerbehörde mehr bewilligten Stellen. Auch vor diesem Hintergrund solle der Fachausschuss über die aktuellen Entwicklungen in der Ausländerbehörde informiert werden.

Herr Jarzombek informiert den Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation über die aktuelle Situation in der Ausländerbehörde, die der Niederschrift als *Anlage 2* beigelegt ist. Er geht dabei insbesondere auf die derzeitigen Fallzahlen, die neuen rechtlichen Regelungen und die aktuelle Personalsituation ein.

Auf die Nachfrage von Herrn KA Bernd Müller, warum das Sozialamt für nicht registrierte Flüchtlinge Leistungen erbringe, teilt Herr Jarzombek mit, dass bei einer fehlenden Registrierung kein Asylantrag gestellt werden könne, wodurch es auch nicht möglich sei, ein Asylverfahren einzuleiten.

Herr KA Bernd Müller erkundigt sich im Weiteren nach den Gründen für die rückläufige Anzahl von Anträgen aus dem West-Balkan.

Herr Jarzombek teilt mit, dass die Gründe nicht einzuschätzen seien.

Bezüglich der Personen ohne Bleiberecht bittet Herr KA Bullert um Einschätzung der Chancen auf ein Beschäftigungsverhältnis.

Daraufhin führt Herr Jarzombek aus, dass von der Bundesagentur für Arbeit für diese Zwecke eine neue Stelle, der s.g. „Integration Point“, eingerichtet worden sei. Laut Aussage dieser Stelle liege die Quote der Personen, die ohne weitere Zwischenschritte dem Arbeitsmarkt zugeführt werden könne, bei 10%.

Frau KA Kuchler bittet um Mitteilung zur Anzahl der Publikumskontakte im Kreis-Service-Center Ratingen.

Frau Wiesemann gibt an, dass die Anzahl der Publikumskontakte vergleichbar mit denen im Kreis-Service-Center Velbert sei. Die genauen Zahlen werde sie zur Niederschrift vorlegen.

Im Nachgang zur Ausschusssitzung können für Ratingen und Velbert folgende Zahlen geliefert werden:

Velbert

Aktive Ausländerzahl:	11.830
Besucher im KSC seit Mai 2009:	153.284
Durchschnittliche Besucherzahl:	91/Tag

Ratingen

Aktive Ausländerzahl:	11.168
Besucher im KSC seit Oktober 2009:	142.872
Durchschnittliche Besucherzahl:	79/Tag

Herr KA Kammann erkundigt sich, ob unter den nicht registrierten Flüchtlingen auch Personen seien, die sich nicht registrieren möchten.

Dazu kann laut Herrn Hanheide keine Angabe gemacht werden. Fest stehe jedoch, dass es viele Menschen gebe, die registriert werden möchten, damit sie ein Asylverfahren anstreben können. Vor der Registrierung sei dies nicht möglich, da diese Personen offiziell nicht existent seien.

Auf die Frage von Herrn KA Rhoden, ob minderjährige unbegleitete Jugendliche ebenfalls zugewiesen würden, teilt Frau Wiesemann mit, dass verschiedene Fallkonstellationen vorkommen. Beispielsweise seien kürzlich zwei Jugendliche aus Griechenland zurückgeschickt worden, da hier ein Asylverfahren laufe. Die beiden Jugendlichen seien zwar zugewiesen gewesen, aber nicht registriert. Herr Hanheide ergänzt, dass die hohe Zahl der nicht registrierten Personen in der Hochphase der Flüchtlingsbewegung entstanden sei, da der Registrierungszeitpunkt nach hinten verschoben worden sei. Unter dem Druck auf die bayrischen Grenzgebiete habe man versucht, die Leute so schnell wie möglich unterzubringen. Daher seien die Flüchtlinge erst zugewiesen worden. Die Registrierung sollte dann später durch Registrierungsteams nachgeholt werden.

Herr KA Klaus Müller bittet um Erklärung, ob aufgrund eines zu hohen Anforderungsprofils keine Mitarbeiter für die geschaffenen Stellen in der Ausländerbehörde gefunden werden können. Herr Hanheide führt aus, dass es sowohl intern als auch extern schwierig sei, Mitarbeiter für die Ausländerbehörde zu finden. Zur internen Besetzung wurden in der Vergangenheit häufig Nachwuchskräfte in der Ausländerabteilung untergebracht, allerdings seien auch immer wieder Abgänge zu verzeichnen. Im Falle einer externen Ausschreibung trete man in Konkurrenz zu allen anderen Kommunen und zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Es gebe auf dem Markt derzeit nicht genug Personen mit einer entsprechenden Verwaltungsausbildung.

Zu den Begriffen „langzeitgeduldet“ und „Beschäftigungserlaubnis“ bittet Herr KA Bernd Müller um eine Erläuterung.

Daraufhin erläutert Herr Jarzombek, dass eine Beschäftigungserlaubnis nur dann nicht ausgesprochen werde, wenn eine Ausreise bevor stehe oder der Betroffene im gesamten Verfahren nicht mitgewirkt habe. Ansonsten bestehe keine Einschränkung, da eine größtmögliche Zuführung zum Arbeitsmarkt angestrebt sei. Langzeitgeduldete seien geduldete Personen, die sich acht Jahren im Bundesgebiet aufhalten. Sofern die allgemeinen Anforderungen erfüllt seien, erhielten diese Personen ein Bleiberecht.

Herr KA Janssen betont zunächst, dass die Verwaltung den Flüchtlingsansturm hervorragend gemeistert habe. Dass es derzeit nicht möglich ist, alle Stellen zu besetzen, betrachtet er als selbsterklärend. Er erkundigt sich aber, ob das Arbeitspensum im Falle einer Besetzung aller Stellen zu bewältigen sei.

Herr Jarzombek bestätigt, dass man nach dem heutigen Stand davon ausgehen könne, dass bei Besetzung aller offenen Stellen die Anträge zeitgerecht qualitativ abgearbeitet werden könnten.

Frau KA Kuchler erkundigt sich, warum nur 135 Personen eine Beschäftigungserlaubnis erhalten haben, wenn kaum noch Hemmnisse bestünden.

Herr Jarzombek führt aus, dass nur die Anträge berücksichtigt worden seien, die bei der hiesigen Ausländerbehörde gestellt wurden. Vom „Integration Point“ würden nur die Anträge vermittelt, die eine gewisse Aussicht auf Erfolg hätten.

Auf Nachfrage von Herrn KA Bernd Müller bestätigt Herr Jarzombek, dass jeder Arbeitgeber die Beschäftigungserlaubnis einfordern muss.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.